



II-7403 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/36-4-92

3222/AB
1992 -09- 02
zu 3222 /J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Dipl.-Vw. Dr. Lukesch und Kollegen
vom 8. Juli 1992, Nr. 3222/J-NR/1992,
"Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung
zum Transitabkommen mit der EG"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

"Sind Sie bereit, den Wünschen der verladenden Wirtschaft, der Transportwirtschaft und der Fahrzeuglenker nachzukommen und sicherzustellen, daß die Abwicklung des im Transitvertrag mit der EG vereinbarten Ökopunktemodells möglichst unbürokratisch erfolgt?"

Wie auch im allgemeinen Teil der Anfrage bereits ausgeführt, handelt es sich nur um einen Entwurf, wobei unklar ist, von welcher Fassung die Anfrage ausgeht, der in der Zwischenzeit bereits vielfach überarbeitet und abgeändert wurde. Bei der Erarbeitung der gegenständlichen Vereinbarung bemühen sich sowohl die EG-Seite als auch die österreichische Seite, durch die Beteiligung der betroffenen Interessensvertretungen ein möglichst unbürokratisches, jedoch effizientes System, das die Vollziehung der Bestimmungen des Transitvertrages bestmöglich gewährleistet, einzuführen. Wichtigstes Ziel muß jedenfalls eine konsequente Umsetzung der im Transitvertrag vereinbarten Regelungen bleiben. Da es sich bei dieser Vereinbarung um einen zweiseitigen Vertrag handelt, kann diese Zielsetzung jeweils nur im Zusammenwirken beider Vertragsparteien verwirklicht werden.

- 2 -

Zu den Fragen 2 und 3:

"Sind Sie bereit, insbesondere auf die Punkte 12 und 13 im Artikel 5 des vorliegenden Entwurfes für eine Verwaltungsvereinbarung zu verzichten?"

Wenn nein, warum nicht?"

Wie ich bereits zu Frage 1 ausgeführt habe, ist im Rahmen einer Vereinbarung eine einseitige Vertragsgestaltung nicht möglich. Es geht vielmehr darum, wie der Vollziehung des Transitvertrages möglichste Effizienz zukommen kann. Die vorliegende Frage hängt in erster Linie mit der Entscheidung zusammen, ob durch das in Rede stehende Formular das bisherige Statistikformular ersetzt werden kann. Dies könnte zu einer wesentlichen Vereinfachung und Verringerung des Aufwandes an den Grenzen führen. Es bestehen jedoch derzeit noch Differenzen wie diese Entscheidung gemeinsam mit der EG getroffen wird.

Zu den Fragen 4, 5 und 6:

"Wurde seitens des BM für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr geprüft, welcher durchschnittliche Zeit- und Personalaufwand der verladenden Wirtschaft bzw. den Transportunternehmen aus der bürokratischen Abwicklung auf Basis der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung entsteht?"

Wenn nein, warum nicht?"

Mit welchem zusätzlichen Personal- und Sachaufwand rechnet man im Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr im Bereich des öffentlichen Dienstes durch den Vollzug der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung?"

Da die der Anfrage zugrundeliegende Verwaltungsvereinbarung nur ein Entwurf ist, der auch entsprechend dem laufenden Gesprächsfortschritt Änderungen unterliegt und dem noch keine endgültige Wirksamkeit zukommt, wäre es wohl nicht zweckmäßig, in diesem Stadium detaillierte Untersuchungen zu dieser Frage durchzuführen. Betont werden muß jedoch nochmals, daß nicht lediglich ein möglichst geringer Aufwand bei der Transport-

- 3 -

wirtschaft, sondern in erster Linie eine konsequente Vollziehung der Bestimmungen des Transitvertrages ein wichtiges Ziel dieser Verwaltungsvereinbarung darstellen. Ich bin jedoch überzeugt, daß eine Vorgangsweise gefunden werden kann, die beiden Zielsetzungen entsprechend Rechnung trägt.

Wien, am 1. September 1992

Der Bundesminister

Der Bundesminister

V. Weizsäcker